



DIE GESCHICHTE DER US- AUSSENPOLITIK NACH 1945

Die Begründung der liberalen Weltordnung

Stefan Fröhlich

Auf einen Blick

- ▶ Im 20. Jahrhundert dominierten die USA wie kein anderes Land vor ihnen die globale Ordnung. Zum Selbstverständnis gehört dabei bis heute, dass US-Präsidenten, gleichgültig ob Republikaner oder Demokrat, zugleich die „Führer der freien Welt“ sind, die auf den Prinzipien des liberalen Internationalismus beruhte: dem Glauben an Demokratie und Menschenrechte, Freihandel und die Grundregeln des Völkerrechts.
- ▶ Die US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik bewegte sich in dieser Zeit entlang zweier Achsen: Internationalismus/Globalismus vs. Isolationismus sowie Realismus vs. Idealismus. Während Amerika mit dem Eintritt in den Ersten Weltkrieg erstmals die globale Bühne betrat, fiel es in der Zwischenkriegszeit in den Isolationismus zurück, bevor es nach 1945 endgültig zur globalen Ordnungs- und Hegemonialmacht der freien Welt avancierte: Die Truman-Doktrin von 1947 symbolisierte die künftige Grundausrichtung der US-Außenpolitik und beruhte auf dem Konsens zur Eindämmung der Sowjetunion und der Verteidigung der eigenen Ideologie und der Prinzipien des Freihandels gegenüber dem Kommunismus.
- ▶ Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts entfiel der Zwang zur Zusammenarbeit, nachdem das weitgehend befriedete Europa für die USA an Stellenwert verlor und Europa gleichzeitig versuchte, sein Gewicht in der Welt zu verstärken.
- ▶ Bereits mit Obama verabschiedeten sich die USA zwar nicht von der Weltpolitik, zogen sich aber sukzessive aus ihr zurück. Unter der ersten Trump-Administration wurden erstmals zwei essenzielle Elemente der US-Außenpolitik aufgegeben: Weder beanspruchte die Trump-Administration die Übernahme einer globalen Führungsverantwortung noch schätzte sie die Vorzüge des Multilateralismus: Die amerikanische Ambivalenz gegenüber internationalen Organisationen wurde durch eine offene Ablehnung selbiger abgelöst – mit erheblichen Konsequenzen für die liberale Ordnung.
- ▶ Biden konnte diesen Trend lediglich hinauszögern, umkehren konnte er ihn nicht. Zum einen hätte die abermalige Übernahme der globalen Führungsrolle das Land ökonomisch überfordert und wurde von der Gesellschaft mehrheitlich auch nicht mehr akzeptiert (*America first*). Zum anderen verlangten die neuen geopolitischen Realitäten eine pragmatischere, weniger idealistische Außenpolitik. Insbesondere die zunehmende militärische und ökonomische Konkurrenz durch China und die Sorge vor einer Konfrontation im Falle des Einfalls chinesischer Truppen in Taiwan führte dazu, dass nicht Russland, sondern China im Mittelpunkt der geostrategischen Interessen der USA steht.
- ▶ Heute sind nicht nur die Grundprinzipien des Multilateralismus wie des Freihandels als Kernprinzipien der liberalen Ordnung bedroht. Da die USA nicht länger bereit sind, ihr Militäropotenzial zur globalen Projektion stabiler Verhältnisse zu nutzen, besteht zudem die Gefahr des Kontrollverlusts und der Aufgabe wichtiger strategischer Partner, die sich auf die traditionelle Sicherheitsgarantie der USA nicht mehr verlassen können und nach Alternativen suchen.

Inhaltsverzeichnis

	Einleitung	4
1	Zum traditionellen Selbstverständnis US-amerikanischer Außenpolitik seit 1945: Grundprinzipien und Charakteristika	5
2	Die Aufweichung der Grundpfeiler der liberalen Ordnung seit Ende des Kalten Krieges	7
3	Die schwindende Bedeutung der militärischen Machtasymmetrie	10
4	Die Debatte um die Zukunft der US-amerikanischen Supermacht	12
	Ausblick	15

Einleitung

Das 20. Jahrhundert wird gerne auch als amerikanisches bezeichnet. Tatsächlich dominierten die USA wie kein anderes Land die globale Ordnung über diese Zeitspanne. Zum Selbstverständnis gehört(e) dabei bis heute, dass US-amerikanische Präsidenten, gleichgültig ob Republikaner oder Demokrat, zugleich die „Führer der freien Welt“ sind, die auf den Prinzipien des liberalen Internationalismus beruhte: dem Glauben an Demokratie und Menschenrechte, Freihandel und die Grundregeln des Völkerrechts.¹

Dass diese „westliche“ Welt lange Zeit nicht einmal ein Fünftel der Weltbevölkerung repräsentierte und der Rest der Welt von ihr praktisch ausgeschlossen war, änderte nichts an diesem Anspruch und symbolisierte lediglich den Glauben an die Überlegenheit der eigenen ideologischen Ordnungsvorstellungen. Schließlich gab der Erfolg diesem Modell doch Recht: Bis Ende des 20. Jahrhunderts generierte die OECD-Welt rund drei Viertel des globalen BIP und dominierte der Westen, angeführt von den USA, die wichtigsten internationalen Institutionen.



US-Präsident Ronald Reagan während einer Rede am Brandenburger Tor in Berlin, 12. Juni 1987.

1. Zum traditionellen Selbstverständnis US-amerikanischer Außenpolitik seit 1945: Grundprinzipien und Charakteristika

Wie dieser Anspruch umgesetzt wurde, variierte bei den Entscheidungsträgern allerdings. So lässt der Blick in die Geschichte der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik im 20. Jahrhundert ideologische Muster erkennen, die als Traditionen der US-Außenpolitik bezeichnet werden können und die sich an den Theorieschulen des Realismus und Idealismus-Institutionalismus orientieren. Allen Traditionen unterliegt das Selbstverständnis der Vereinigten Staaten als Vorbildnation. Walter Russel Mead identifiziert sie nach vier Denkschulen, alle benannt nach zentralen Politikern in der Geschichte des Landes.²

Dabei oszillierte der Exzeptionalismus in der amerikanischen Außenpolitik in seiner idealistischen Tradition zwischen der Idee der *City upon a Hill*, die nach innen gewandt das eigene Gemeinwesen zu stabilisieren suchte und nach außen als leuchtendes Beispiel für den Rest der Welt fungierte (Isolationismus im Sinne der *Jeffersonians*), sowie der Interpretation der USA als „intervenierender Staat“ zur aktiven Verbreitung (wenn nötig, auch zur Verteidigung mit militärischer Macht) seiner Ideale (Internationalismus im Sinne der *Wilsonians*). Der realistische Isolationismus (*Jacksonians*) hingegen verkörpert einen populistischen Nationalismus, der sich primär an den Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen der USA orientiert, jeglichen globalen Missionierungsideen widersetzt und der Außen- und Sicherheitspolitik eine eher untergeordnete Rolle zuweist. Der realistische Internationalismus (*Hamiltonians*) steht für die Idee des Ausbaus der wirtschaftlichen Interessen als Voraussetzung für die Entwicklung des Gemeinwesens (Freihandelsprinzip), die gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln zu schützen waren.

Vor diesem Hintergrund bewegte sich die US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik über das Jahrhundert entlang zweier Achsen: Internationalismus/Globalismus vs. Isolationismus sowie Realismus vs. Idealismus. Während Amerika mit dem Eintritt in den Ersten Weltkrieg erstmals seit Begründung des Landes die globale Bühne betrat, fiel es in der Zwischenkriegszeit in den Isolationismus zurück und beförderte somit nach eigener Lesart den Aufstieg von Faschismus und Nationalsozialismus auf dem europäischen Kontinent (und damit den Zweiten Weltkrieg), bevor es nach 1945 endgültig und seither durchgehend zur globalen Ordnungs- und Hegemonialmacht der freien Welt avancierte.

Die Truman-Doktrin von 1947 symbolisierte die künftige, über die gesamte Phase des Kalten Krieges dominierende Grundausrichtung der US-Außenpolitik. Mit ihr teilten die Amerikaner die Welt in zwei ideologisch entgegengesetzte Sphären und formulierten gleichzeitig einen US-amerikanischen Führungsanspruch für die westlich-demokratische Welt. Fortschreitende Globalisierung und der US-amerikanische Internationalismus im wilsonischen wie hamiltonischen Sinne wurden fortan prägend für dieses Zeitalter und eine Erfolgsgeschichte der USA.³ Symbolisiert wurden sie durch den parteiübergreifenden Konsens zur Eindämmung der Sowjetunion und der Verteidigung der eigenen Ideologie und der Prinzipien des Freihandels



George H.W. Bush bei seiner Vereidigung zum US-Präsidenten, 20. Januar 1989.

gegenüber dem Kommunismus. Nur sporadisch hingegen tauchten in dieser nahezu 70 Jahre andauernden Phase die Reflexe eines Rückfalls in den Isolationismus im jeffersonischen oder gar jacksonischen Sinne auf; sie verstärkten sich erst mit dem Ende des Kalten Krieges. Bis dahin blieben die Grundprinzipien des liberalen Internationalismus das zentrale Rollenkonzept amerikanischer Ordnungspolitik: Verbreitung und wenn nötig Verteidigung der westlichen Ideologie basierend auf Demokratie, Menschenrechten und individueller Freiheit; Aufrechterhaltung des Freihandels; Eintreten für Multilateralismus und die Grundsätze des Völkerrechts. Garantiert wurde dies durch den globalen Ausbau von Militärstützpunkten und der eigenen militärischen Fähigkeiten sowie den Aufbau von Institutionen und Allianzen.

2. Die Aufweichung der Grundpfeiler der liberalen Ordnung seit Ende des Kalten Krieges

Seit dem Ende des Kalten Krieges waren die USA nicht selten bereit, Menschenrechte und Demokratie gegebenenfalls auch mit Gewalt durchzusetzen. Zunehmend diente die liberale Tradition des Landes nunmehr auch als Rechtfertigung einer Interessen- und Machtpolitik und führte so zur Aufkündigung der liberalen Grundlage vom Rechtsprimat und von der Kooperation auch mit Nichtdemokraten.⁴ Die damit verbundene religiöse Überhöhung US-amerikanischer Außenpolitik und der bisweilen anmaßende Glaube an die eigene Auserwähltheit beziehungsweise den Gottesauftrag, die Mission zur Verbreitung des Guten und der Freiheit in der Welt, entsprach der traditionellen Begeisterung der USA für große Ideen – von der „exceptional“⁵ bis hin zur „indispensable nation“⁶. Mit der Bush-Administration aber wurde dieses Credo ab 2001 auf die Spitze getrieben und das, was Walter Russel Mead in diesem Zusammenhang als „nationalen Messiaskomplex“⁷ bezeichnet hatte, erstmals als Bedrohung empfunden. Und aus dem „wohlwollenden Hegemon“ war der „imperiale Hegemon“ geworden.



US-Präsident George W. Bush am 22. Februar 2005 im NATO-Hauptquartier in Brüssel.

Diese Entwicklung schien die logische Konsequenz aus dem Umbruch der Jahre 1989 bis 1991. Er hinterließ die USA als einzig global handlungsfähige Weltmacht beziehungsweise „Überpower“ und gab Washington die Chance, die Welt nach seinen Vorstellungen zu gestalten.⁸ Dabei geschah dies weitgehend frei von „überseeischen Verstrickungen“ (bisweilen auch im jeffersonischen Sinne der internationalen Selbstbeschränkung zur Bewahrung der US-amerikanischen Demokratie) und mit der Perspektive des weltweiten Friedens (im Sinne des wilsonischen moralischen Rigorismus, der Demokratie als Ideologie in die Welt trägt), aber jederzeit fähig zur globalen Machtprojektion, wenn die nationalen Interessen (freihändlerische im Sinne Alexander Hamiltons oder sicherheitspolitische im Sinne des jacksonischen Interventionismus) es nahe legten. Das Ende des Ost-West-Konflikts schuf eine neue Ordnung, die auch die Rahmenbedingungen für die transatlantischen Beziehungen nachhaltig veränderte: Mit dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung entfiel der über jede systeminterne Krise erhabene Zwang zur Zusammenarbeit, nachdem das weitgehend befriedete Europa für die USA an Stellenwert

zugunsten des „Größeren Mittleren Ostens“ (*broad middle east*) und aktuell Asiens an Bedeutung verlor beziehungsweise Europa sich anschickte, durch die Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) beziehungsweise der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sein Gewicht in der Welt zu verstärken, zumindest einen bestimmten Grad an Unabhängigkeit von Washington zu erzielen oder gar von einer Politik der Gegenmachtbildung träumte, der zufolge auch das NATO-Bündnis in die Bedeutungslosigkeit zu versinken drohte.⁹



US-Marines in der afghanischen Provinz Helmand am 28. Juni 2009.

Mit Bush erfolgte so die kühne Auflösung des, das politische Alltagsgeschäft prägenden, Gegensatzes zwischen nationalen Interessen auf der einen und „amerikanischen Grundüberzeugungen“ auf der anderen Seite (die Symbiose von Realpolitik und Idealismus). Fortan erodierte jene „liberale Tradition“, wie sie für das Land in der Phase des Kalten Krieges prägend war, und tauchte danach allenfalls reflexartig unter den Administrationen Obama und Biden wieder auf.¹⁰ Bereits mit Obama verabschiedeten sich die USA zwar nicht von der Weltpolitik, zogen sich aber sukzessive aus ihr zurück und folgten dem Grundmuster vom *reluctant sheriff* der späten 1990er-Jahre.¹¹ Dies änderte allerdings nichts an dem unerschütterlichen Glauben an die Selbstheilungskräfte und das überragende Machtpotenzial des Landes, der sich vor allem auf seine vergleichsweise günstige demografische Entwicklung sowie seine großen Rohstoffvorkommen und landwirtschaftlich nutzbaren Flächen stützt.

All dies galt im Grundsatz auch für die erste Trump-Administration, nur dass unter ihr zwei essenzielle Elemente des traditionellen US-amerikanischen Außenpolitikverständnisses abhandengekommen waren: Weder beanspruchte die Trump-Administration bei allem kraftstrotzenden Auftreten nach außen die gleichzeitige Übernahme einer globalen Führungsverantwortung – im Rahmen internationaler Organisationen, mittels eines einzigartigen globalen Netzwerks von Stützpunkten sowie der Sicherung des globalen Freihandels – noch schätzte sie die Vorzüge des Multilateralismus und vorsichtiger Diplomatie, die sich der politisch-psychologischen (weniger vielleicht der materiellen) Grenzen auch einer Supermacht bewusst ist. Trump war zudem der erste Präsident, der sich nicht daran zu stoßen schien, dass der Universalitätsanspruch liberaler Demokratie, verkörpert vor allem durch die USA und Europa, durch den Autoritarismus Russlands und Chinas zunehmend in Frage gestellt wurde. Unter

ihm hatte sich Washington zumindest vorübergehend von der Idee der „Erzwingung“ westlicher Ordnungsmodelle verabschiedet. Damit erfuhr ein seit Ende des Kalten Krieges beobachtbarer parteiübergreifender Trend seinen Höhepunkt, wonach alle Administrationen sukzessive von einer multilateralen Einbettung ihrer Entscheidungen zugunsten unilateraler Entscheidungen abrückten. Unter Trump wurde dieses instrumentelle Verständnis von Multilateralismus und die sprichwörtliche amerikanische Ambivalenz gegenüber internationalen Organisationen erstmals durch eine offene Ablehnung selbiger abgelöst – mit erheblichen Konsequenzen für die liberale Ordnung.¹²

Biden konnte diesen Trend lediglich hinauszögern, umkehren konnte er ihn nicht. Mit seinem Anspruch der Wiederherstellung Amerikas machtpolitischer wie moralischer Dominanz scheiterte auch er an den Erwartungen einer Gesellschaft, die den Erfolg einer jeden Administration mittlerweile an der Durchsetzung der von Trump praktizierten Logik des *America first* festmacht. Die USA befinden sich an einem Punkt, da der, an den Zielen einer aktiven Demokratieförderung orientierte, globale Führungsanspruch der beiden vergangenen Dekaden hinter eine an den Interessen der US-Bevölkerung orientierten Politik zurückgetreten ist. Damit sind nicht nur die Grundprinzipien des Multilateralismus wie des Freihandels als Kernprinzipien der liberalen Ordnung bedroht. Damit besteht auch die Gefahr des Kontrollverlusts und der Aufgabe wichtiger strategischer Partner der USA, die sich auf die traditionelle Sicherheitsgarantie der USA nicht mehr verlassen können und nach Alternativen suchen. Die zentrale Frage für jede Administration in Washington ist vor diesem Hintergrund, inwieweit die USA weiterhin attraktive Alternative für die Staaten bleiben, die sich von Südost- über Zentralasien und den Mittelmeerraum bis hin nach Europa in der vergangenen Dekade vor allem aus ökonomischen Motiven zunehmend an China (Seidenstraßen-Projekt) oder Russland gebunden haben.¹³

3. Die schwindende Bedeutung der militärischen Machtasymmetrie

Bei allen Rückzugstendenzen bleibt Amerikas überragendes militärisches Abschreckungspotenzial weiterhin zentral für das Bestehen im Großmächtekonflikt mit China und Russland. Die idealistische Komponente amerikanischer Außenpolitik sowohl in der defensiven (*Jeffersonians*) wie auch der offensiven (*Wilsonians*) Variante bricht mit Trump erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges weg und auch die Idee des Freihandels weicht einer stärker merkantilistisch-protektionistischen Politik. Die jacksonische Idee eines xenophobischen Nationalismus bleibt jedoch auf der Basis überlegener Militärmacht der letzterhaltene von vier Pfeilern, auf denen sich das Rollenkonzept des liberalen Internationalismus über Jahrzehnte lang stützte. Unter Trump sind die Rüstungsausgaben während einer ersten Amtszeit sogar weiter gestiegen, gleichwohl er einen Rückzug der USA aus der globalen Verantwortung nicht nur angekündigt, sondern in Teilen auch vollzogen hatte. Gleiches könnte auch während seiner zweiten Amtszeit drohen, dabei ist einzuräumen, dass auch unter Biden die US-amerikanischen Ausgaben nach wie vor in etwa doppelt so hoch waren wie die der EU-27 und um das Dreifache größer als die Chinas – legt man die geschätzten Zahlen des chinesischen Verteidigungshaushalts zugrunde, die die offiziellen in etwa um das Zwei- bis Dreifache überschreiten.



Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Donald Trump beim NATO-Gipfel am 4. Dezember 2019 in London.

Nahen und Mittleren Ostens womöglich verstärken. Statt um militärische Sicherung der freien Ölzufuhr beziehungsweise der geostrategisch relevanten Netzwerke und Transportwege wird es künftig vor allem um die Aufrechterhaltung des jeweiligen Kräftegleichgewichts in der Region gehen, ohne dass man sich dieser mit seinen ordnungspolitischen Vorstellungen weiter als nötig aufdrängt.

Dennoch haben sich auch in der Sicherheitspolitik die Parameter für die USA geändert. Zum einen ist das Land nicht länger bereit, sein Militärpotenzial auch künftig zur globalen Projektion stabiler Verhältnisse zu nutzen, wie es das in der Vergangenheit getan hat. Mit dem Abzug aus Afghanistan scheint die Ära der Stabilisierungseinsätze zunächst vorüber. Dieser Trend wird sich auf Grund der größeren Energieunabhängigkeit gerade mit Blick auf die Region des

Zum anderen erfordert die jetzige Bedrohungslage durch den Krieg in der Ukraine die Rückbesinnung auf die Bündnisverteidigung bei gleichzeitiger Einhegung der chinesischen Herausforderung im Indopazifik (Taiwanfrage). Der Großmächtekonflikt mit Russland und China ist das dominierende geostrategische Szenario in Washington, wie sich auch in der Sicherheitsstrategie der Biden-Administration zeigte¹⁴ – allerdings unter anderen Vorzeichen als zu Zeiten der Kalten Krieges. Ungeachtet aller Unterstützung der Ukraine ist die Verteidigung Europas durch den Aufbau glaubwürdiger Abschreckungskapazitäten gegen Moskau aus Sicht Washingtons heute vor allem eine Aufgabe Europas, sprich eines stärkeren europäischen Pfeilers innerhalb der NATO.

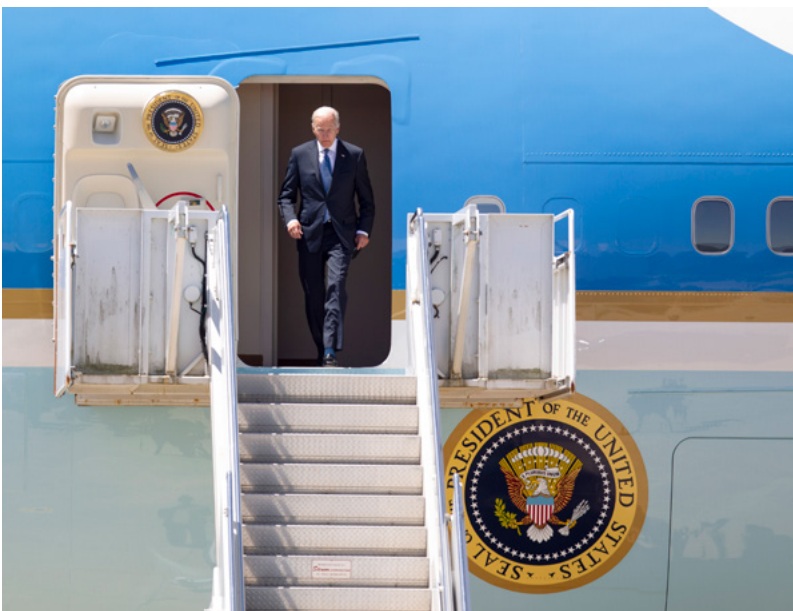
Dies ist die logische Schlussfolgerung aus dem für Washington denkbar schlimmsten Szenario einer parallelen Konfrontation mit China im Falle des Einfalls chinesischer Truppen in Taiwan. Eine gleichzeitige Bindung von US-Truppen in Europa und im Indo-Pazifik stellte auch für Washington eine strategische Überforderung dar, die es auf jeden Fall zu vermeiden gilt. Im Mittelpunkt des geostrategischen Interesses der USA steht daher nicht Russland, sondern China. Und der zunehmend geoökonomische Machtkampf bedroht aus Sicht der USA zwar vor allem Amerikas wirtschaftliche und technologische Überlegenheit – er hat aber auch Konsequenzen für die militärische Sonderstellung der USA und damit ihrer globalen Führungsposition.

Die bange Frage aus Sicht der Europäerinnen und Europäer wiederum lautet, inwieweit es unter der neuen Trump-Administration noch zum strategischen Kalkül Washingtons zählt, dass es zum Erhalt dieser Führungsposition Partner braucht. Im für Washington zentralen Machtkampf mit China wird die Frage danach, wer in diesem obsiegt, nicht an größeren Militärausgaben, Anteilen an globalen Bruttoinlandseinkommen oder technologischen Fähigkeiten festgemacht. Entscheidend im künftigen geopolitischen Wettstreit wird vielmehr die Frage nach der Allianzdynamik sein – eben das Bündnisnetzwerk bescherte den USA die Jahrzehnte währende globale Dominanz. Seine Wiederbelebung gehört eigentlich zu den entscheidenden Aufgaben einer jeden Administration in Washington. Dass auch Trump dies so sieht, ist die Voraussetzung dafür, dass die Idee des liberalen Internationalismus nicht endgültig scheitert.

Gleichzeitig ist sie aber auch der entscheidende Lackmustest für die europäischen und asiatischen Partner. Für sie wird sich der Druck in Richtung einer veränderten Lastenteilung unter der zweiten Trump-Administration weiter verstärken.¹⁵ Ob die größere US-amerikanische Zurückhaltung beim globalen Konflikt- und Krisenmanagement Europa darüber hinaus in seiner Einschätzung bestätigen wird, dass die an die Peripherie gewanderten Kriege im 21. Jahrhundert nicht allein mit den herkömmlichen Mitteln zu lösen sind, sondern in Form von langwierigen, zumeist eingefrorenen Konflikten einen langen Atem erfordern, bleibt abzuwarten. Der Preis dafür wiederum könnte aber auch das Eingeständnis Europas sein, dass der Anspruch eines wohlmeinenden humanitären Interventionismus jenseits des Einsatzes militärischer Macht an der politischen Realität und dem eigenen (Nicht-)Handeln zerschellt.

4. Die Debatte um die Zukunft der US-amerikanischen Supermacht

Mit dem Antritt der Biden-Administration in Washington 2021 verbanden nicht nur Europäerinnen und Europäer die Hoffnung auf eine Rückkehr der USA auf die Weltbühne und zu den Grundprinzipien des liberalen Internationalismus. Ihre Erwartungen wurden allerdings insofern enttäuscht, als sich Biden zwar zur Rückkehr Amerikas zu Diplomatie, Bündnissen und Kooperation (so durch die Rückkehr zum Pariser Klimaabkommen und zur WHO, die Ankündigung eines „globalen Demokratiegipfels“ oder das Versprechen des weltweiten Einsatzes für die Pressefreiheit) bekannte. Gleichzeitig aber machte er auch deutlich, dass die künftige Außenpolitik des Landes durch zwei Entwicklungen erhebliche Einschränkungen erfahren würde und am Ende in der Substanz alles andere als die angekündigte radikale Abkehr von der Politik des Vorgängers bedeutete.



Ankunft von US-Präsident Joe Biden zum Treffen der Nato-Staats- und Regierungschefs am 28. Juni 2022 in Madrid.

Zum einen lasteten die innenpolitischen Herausforderungen so stark auf den Schultern des Präsidenten, dass die abermalige Übernahme der globalen Führungsrolle das Land ökonomisch überforderte und von der Gesellschaft mehrheitlich auch nicht akzeptiert wurde. Zum anderen verlangten die neuen geopolitischen Realitäten eine pragmatischere, weniger idealistische Außenpolitik und den Abschied vom Konzept des US-Exzeptionalismus, wonach die USA eine moralisch überlegene, einzigartige und von Grund auf demokratische Nation sei,

die zur globalen Führung bestimmt ist (Burke 2020).¹⁶ Diese Idee mochte zwar unverändert tief in der Regierung Biden verankert gewesen sein, erforderte aber insofern Abstriche, als das Land nach den ersten vier Jahren Trump nicht allzu rasch seine gewohnte Sonderrolle beanspruchen konnte.

Die Welt und die Machtverhältnisse haben sich spätestens seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise radikal verändert. Die Jahrzehnte währende US-Hegemonie gründete vor allem auf Amerikas überragender Wirtschaftsmacht (bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahr-

hunderts generierte diese rund ein Drittel des globalen BIP) und seiner militärischen Überlegenheit. Heute sorgt China für ein Drittel des globalen Wirtschaftswachstums. Gemessen an der Wirtschaftsleistung in Kaufkraftparitäten hat das „Reich der Mitte“ als aufstrebende Supermacht die USA und die EU-27 bereits überholt, auch wenn der pro-Kopf-Wert mit knapp 45 Prozent des EU-Niveaus noch hinterherhinkt. Die Modernisierung des Landes und sein unaufhaltsamer Aufstieg als ebenbürtiges Kraftzentrum der Weltwirtschaft neben den USA und der EU wird nicht zuletzt dadurch deutlich, dass mit ca. 1,5 Millionen Patenten fast die Hälfte der weltweiten Patentanmeldungen 2019 auf China entfiel und seine Innovationsinvestitionen im Volumen mittlerweile in etwa denen der USA entsprechen. Hinzu kommt, dass sich die Welt gerade in den vier Jahren unter Trump auch ohne die USA arrangiert hatte. Die Biden-Administration konnte unter den Bündnispartnern verloren gegangenes Vertrauen in die USA zurückgewinnen und in der Tat hat der seit Februar 2022 andauernde Krieg in der Ukraine die USA und Europa zuletzt wieder geeint.

Dennoch durchläuft auch Amerika eine Zeitenwende. In ihr gewinnt eine außenpolitische Agenda Kontur, deren Voraussetzung zunächst in der ökonomischen und institutionellen Erneuerung liegt. Die Hauptaufgabe für das Land besteht darin, die immensen Krisen im Innern des Landes zu bewältigen: die Folgen der Pandemie, die das Land in die schwerste Rezession seit Ende des Zweiten Weltkriegs geführt und die Schwächen eines Gesundheitssystems offenbart hat, das in Sachen Effizienz dem eines Entwicklungslands entspricht; die astronomische Verschuldung der öffentlichen Haushalte; schließlich die sozialen Spannungen, die den vorläufigen Höhepunkt einer seit Jahren anhaltenden und durch xenophobe Ressentiments von Republikanern beförderten tiefen Spaltung des Landes markieren.¹⁷



Der frühere US-Präsident Donald Trump bei der Verkündung seiner erneuten Kandidatur in Palm Beach am 15. November 2022.

Die USA können und wollen angesichts dieser Herausforderungen nicht länger den „wohlwollenden Hegemon“ spielen und anderen helfen, sondern müssen sich zunächst selbst helfen. Diese Einsicht spiegelt sich auch in landesweiten Umfragen wider, wonach die Mehrheit der Amerikanerinnen und Amerikaner keine Rückkehr zu einem stärkeren und kostspieligen internationalen Engagement wünschen. Für rund Dreiviertel der amerikanischen Bevölkerung hat die Sicherung des Arbeitsplatzes im Kontext der künftigen

Außenwirtschaftspolitik heute Priorität. Die Idee der liberalen Ordnung mag damit nicht für alle Amerikanerinnen und Amerikaner am Ende sein, ihre Errungenschaften aber müssen an die neuen Gegebenheiten angepasst werden, und zwar nach innen wie nach außen.¹⁸ Amerika

bleibt auf absehbare Zeit die stärkste Macht in der sich herausbildenden neuen Ordnung, in fast allen Machtdimensionen (militärisch, ökonomisch, politisch und kulturell) dem Rest, mit Ausnahme von China (und in Teilen Europa), weit voraus. Als weltweit größter Produzent von Kohlenwasserstoff profitieren die USA momentan von steigenden Energiepreisen im Gegensatz zu ihren Konkurrenten wie China oder der Bundesrepublik. Schließlich mag Washington aus Chinas heikler ambivalenten Haltung zum Krieg in der Ukraine auch geopolitischen Nutzen ziehen, indem es Europa zwingt, sich wieder stärker an die USA zu binden und seine bisherige Äquidistanz-Politik zwischen China und den USA aufzugeben.¹⁹

All dies ändert aber nichts daran, dass das Land längst nicht mehr in der Lage ist, das Weltgeschehen so zu kontrollieren, wie es das noch bis zur Jahrtausendwende getan hat – und, dass es auf absehbare Zeit nicht den Willen hat, globale Verantwortung auch im Alleingang zu übernehmen. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise nährte zudem die These von der mangelnden Nachhaltigkeit des US-amerikanischen Modells. Die Zeiten sind vorbei, da die Mehrheit der Bevölkerung wie der politischen Eliten an die Überlegenheit des US-amerikanischen Systems glaubten und da Linkliberale wie Liberal-Konservative sich einig in der Forderung waren, dass die Außenpolitik des Landes auf der Annahme basierte, dass einzig der Liberalismus den Weg in die Moderne weist.

Ausblick

Ob mit der Rückkehr Trumps ins Weiße Haus das Ende des liberalen Internationalismus oder gar des Westens endgültig oder auf längere Zeit gekommen ist, ist zumindest wahrscheinlicher denn je. Das hat vor allem mit der bereits seit längerem anhaltenden amerikanischen Zeitenwende zu tun: die gravierenden Umbrüche in der Gesellschaft, allen voran der radikale Wandel der Partei der Republikaner, lassen eine Rückkehr zu den oben beschriebenen Prinzipien des liberalen Internationalismus, wie sie über Jahrzehnte prägend waren für die amerikanische Außenpolitik, derzeit nicht zu – selbst wenn Trumps Gerede von der raschen Beendigung des Ukraine-Krieges am Ende nicht gleichbedeutend sein mag mit einer Kapitulation vor Moskau, und auch wenn die Drohung vom Rückzug aus der NATO am Ende zunächst einmal nur die Abschwächung der Beistandspflicht meint.

Wer weiß, ob Trump sich schließlich nicht doch der Alternativlosigkeit der europäischen Allianzpartner bewusst wird – wenn auch nur aus geostrategischem Kalkül, wenn diese statt zu jammern sich aufs Handeln besinnen und den seit Jahren legitimen Forderungen Washingtons nach mehr Eigenverantwortung endlich nachkommen. Die sporadische Selbstgefährdung ist Wesensmerkmal der Geschichte der Allianz und in dieser haben auch europäische Nationen im 20. Jahrhundert dafür gesorgt, dass dieser Westen mal kleiner (Italien, Deutschland oder Spanien), mal größer (EU-Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten) war. Bisher haben sich die Gegenkräfte immer als so machtvoll erwiesen, dass der Kernbestand dieses Projekts – der souveräne Nationalstaat nach europäisch-amerikanischem Muster – bis heute niemals von der Selbstaufgabe bedroht war. Ob das so kommt, ist derzeit nicht vorstellbar.

Es ist aber vor allem an Europa, dass die Chance darauf nicht endgültig erlischt. Indem die USA erstmals nicht den normativen Anspruch erheben, als Führer der freien Welt oder liberalen Ordnung aufzutreten, ergibt sich somit auch die Chance, im Rahmen einer Allianz der Staaten, die bereit sind zur Stärkung von internationalen Normen und Regeln, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, der frei ist vom Anspruch westlicher Dominanz und somit von anderen Großmächten neben den USA akzeptiert werden kann.

- 1 Vgl. John Ikenberry: Liberal Leviathan. The origins, crisis, and transformation of the American world order, Princeton University Press 2011.
- 2 Vgl. Walter Russell Mead: Special providence: American foreign policy and how it changed the world, New York 2002.
- 3 Vgl. Alan Dobson/Steve Marsh: US Foreign Policy since 1945, London 2006.
- 4 Vgl. Robert Kagan: Of paradise and power. America and Europe in the new world order, New York 2003.
- 5 Vgl. Seymour Martin Lipset: American exceptionalism. A double-edged sword, New York 1997.
- 6 Vgl. US-Präsident Bill Clintons Rede zur NATO am 22. Oktober 1996, online: <https://www.nato.int/docu/speech/1996/s961022a.htm> (letzter Zugriff: 22. November 2024).
- 7 Vgl. Anm. 2.
- 8 Vgl. Charles Krauthammer: The Unipolar Moment, in: Foreign Affairs (1990/1991) Nr. 70/1, S. 23–33; William Wolforth: The stability of the unipolar world, in: International Security (1999) Nr. 24/1, S. 5–41; Josef Joffe: Überpower. The imperial temptation of America, New York 2006, S. 13–66.
- 9 Vgl. Stefan Fröhlich: Comeback der Diplomatie, aber nicht der US-Dominanz. Bidens Außenpolitik, in: Politikum (2/2021).
- 10 Vgl. John Ikenberry: Liberal Leviathan. The origins, crisis, and transformation of the American world order, Princeton 2011, S. 119–156, 221 ff. u. 333 ff.
- 11 Vgl. Richard Haas: The Reluctant Sheriff. The United States after the cold war, New York 1997, S. 78 ff.
- 12 Vgl. Robert Jarvis/Francis J. Gavin/Joshua Rovner/Diane Labrosse: Chaos in the liberal order. The Trump presidency and international politics in the 21st century, New York 2018.
- 13 Vgl. Franklin Kramer: Priorities for a transatlantic China Strategy. Issue Brief. Atlantic Council, Washington DC 2022.
- 14 Vgl. White House. National Security Strategy of the United States, Washington DC 2022.
- 15 Vgl. Philip Gordon/Jeremy Shapiro: How Trump killed the Atlantic alliance, in: Foreign Affairs, 26. Februar 2019; Philip Inman: Trump's trade War with China and Europe will hit global growth, in: The Guardian, 9. Oktober 2018.
- 16 Vgl. Ryan Burke: The Hidden Dangers in Biden's Foreign Policy, in: Defense One, 7. Dezember 2020, online: <https://www.defenseone.com/ideas/2020/12/hidden-dangers-bidens-foreign-policy/170519/> (letzter Zugriff: 22. November 2024).
- 17 Vgl. Jason Furmann: The Crisis Opportunity. What it will take to build back a better economy, in: Foreign Affairs 2021(1), S. 25–35.
- 18 Vgl. Peter Neumann: Die neue Weltordnung. Wie sich der Westen selbst zerstört, Berlin 2022.
- 19 Vgl. Anm. 9.

Impressum

Der Autor

Stefan Fröhlich war von 2003 bis 2024 Inhaber der Professur für Internationale Beziehungen und Politische Ökonomie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Außen(wirtschafts-)politik Deutschlands, der EU und der USA, transatlantische Beziehungen sowie Politische Ökonomie. Er ist derzeit Gastprofessor an verschiedenen renommierten Universitäten im In- und Ausland.

Ansprechpartner und Ansprechpartnerin

Prof. Dr. Matthias Oppermann

Stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
T +49 30 / 26 996-3812
matthias.oppermann@kas.de

Dr. Kathrin Zehender

Referentin Zeitgeschichte
T +49 30 / 26 996-3717
kathrin.zehender@kas.de

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2025, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

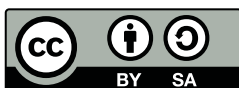
Umschlagfoto: US-Präsident Harry S. Truman am 6. Januar 1947 im Repräsentantenhaus in Washington D.C. © *picture alliance/ASSOCIATED PRESS* | *Anonymous*

Bildnachweise: S. 4: © *Bundesregierung/Klaus Lehnartz*; S. 6: © gemeinfrei, Wikimedia Commons; S. 7: © *picture-alliance/dpa/dpaweb* | *Benoit Doppagne/Pool*; S. 8: © *picture alliance/ASSOCIATED PRESS* | *David Guttenfelder*; S. 10: © *picture alliance/dpa* | *Michael Kappeler*; S. 12 © *picture alliance/Geisler-Fotopress* | *DyD Fotografos/Geisler-Fotopress*; S. 13: © *picture alliance/ASSOCIATED PRESS* | *Andrew Harnik*

Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Satz: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-276-9